

NAMEN & NOTIZEN

Zum 1. Januar hat Dr. Carin-Martina Tröltzsch (Foto) die Geschäftsbereichsleitung der **Dupont Crop Protection** für Deutschland und Österreich übernommen. Sie kehrt damit nach ihrer dreijährigen Tätigkeit in Frankreich, wo sie im Bereich Operations für die Logistik verantwortlich war, nach Deutschland zurück. Zuvor war sie



17 Jahre in verschiedenen führenden beziehungsweise leitenden Positionen in der Entwicklung, dem Marketing und dem Vertrieb in unterschiedlichen Ländern für Dupont Crop Protection tätig.

Rechtzeitig vor Beginn der Weidesaison startet **Josera** eine Lecksteinoffensive. Der palettenweise Bezug von Lecksteinen wird mit Preisnachlässen bis zu 50 € je Palette belohnt. Josera hat fünf Lecksteine im Sortiment: den Vitablock, den Mineralblock, den Uniblock mit Biozulassung, den

Salzleckstein plus mit Biozulassung sowie den Salzleckstein natur mit Biozulassung. Die Lecksteinaktion läuft noch bis zum 27. Februar. Der Bezug der Lecksteine erfolgt über den regionalen Josera-Großhändler.

Der Schweizer Pflanzenschutzmittel- und Saatguthersteller **Syngenta** hat angekündigt, die



heimischen Landwirte durch ein Maßnahmenpaket finanziell zu entlasten. Wie der Konzern bekannt gab, soll dies auch eine signifikante Senkung der Preise für Pflanzenschutzmittel umfassen.

Dr. Karin Retzlaff hat beim **Biogasrat** in Berlin die Position der Pressesprecherin übernommen. Künftig verantwortet sie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes zu allen Themen rund um Biogas und insbesondere Biomethan als speicher- und regelbarem Energieträger.

Interview mit Stefan Knittel vom Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft

Nationaler Aktionsplan statt Pflanzenschutzabgabe

Immer häufiger stehen die moderne Landwirtschaft und der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel im Fokus von Naturschutzorganisationen und Publikumspresse. Der Agrarhandel fordert, dass der Nutzen des Pflanzenschutzes in den politischen und gesellschaftlichen Diskussionen endlich Beachtung findet. Im folgenden Interview beantwortet Stefan Knittel, Vorstandsmitglied im Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA) und Geschäftsführer der BSL Betriebsmittel Service Logistik GmbH & Co. KG (BSL) mit Sitz in Kiel, Fragen zu den Themenkomplexen Pflanzenschutzsteuer und Glyphosat.



BVA-Vorstandsmitglied Stefan Knittel hält die Pflanzenschutzsteuer für den verkehrten Ansatz.

Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Robert Habeck hat in der Debatte um die Verringerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes eine mögliche Steuer auf Pflanzenschutzmittel ins Spiel gebracht. Was halten Sie davon?

Stefan Knittel: Pauschalforderungen nach einer Verringerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes aufzustellen, ist der falsche Ansatz. Es trifft nicht zu, dass Landwirte einfach „drauflosspritzen“. Jede Pflanzenschutzmittelanwendung wird hinsichtlich der Kosten und des Nutzens wohl überlegt. Zudem werden Schadschwellen für die Entscheidung herangezogen. Wesentlich besser ist der Ansatz des Nationalen Aktionsplans Pflanzenschutz, der darauf abzielt, die Risiken der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren.

In Deutschland werden Pflanzenschutzmittel von beruflichen Anwendern mit Sachkundenachweis nach guter fachlicher Praxis ausgebracht. Werden alle gesetzlichen Vorgaben und die für das jeweilige Mittel festgelegten Anwendungsbestimmungen eingehalten, stellen Pflanzenschutzmittel keine Gefahr für die Umwelt dar. Etwaige Verunreinigungen von Gewässern

und Böden sind mit heute zugelassenen Pflanzenschutzmitteln ausnahmslos auf unsachgemäße Mittelanwendungen zurückzuführen. Daher wäre die Ausweitung des Beratungsangebots, zusätzlich zur Fortbildungspflicht für sachkundige Anwender, ein wirkungsvollerer Ansatz. Wir müssen jedoch fairerweise anerkennen, dass wir mit der Landwirtschaftskammer in Schleswig-Holstein im Bundesvergleich bereits ein qualitativ sehr hohes Niveau haben.

Erwarten Sie, dass eine Steuer auf Pflanzenschutzmittel tatsächlich den Einsatz verringern würde?

Pflanzenschutzmittel werden aufgrund ihres Nutzens für die Gesunderhaltung der Pflanzenbestände sowie zur Sicherung von Ernten und deren Qualität eingesetzt. Dabei gehen die Landwirte nach den Grundsätzen des integrierten Pflanzenschutzes vor. Un-

mittelbare Auswirkung einer Pflanzenschutzsteuer wäre eine Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktion. Je nach Standort und Anbauintensität ist mit einer Steuermehrbelastung von etwa 10 €/t Weizen beziehungsweise 20 €/t Raps zu rechnen. Durch die Steuer würden deutsche Agrarprodukte im europäischen und im internationalen Wettbewerb benachteiligt, der Wettbewerbsdruck auf die deutsche Landwirtschaft würde ansteigen. Letztlich würde das den Agrarstrukturwandel in Deutschland weiter anheizen, mit allen Konsequenzen für den ländlichen Raum. Unter Umständen würden gerade kleinere landwirtschaftliche Betriebe zur Aufgabe gezwungen. Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern als klassische Weizen-Exportregionen für den Weltmarkt wären hiervon besonders nachteilig betroffen. Der gerne angeführte Vergleich

Alle Sicherheit für uns im Norden.

PROVINZIAL
Die Versicherung der Sparkassen

Immer ein gutes Gefühl –
mit einem Schutzengel an Ihrer Seite.



mit Dänemark und Frankreich ist eine Pauschalierung der Situation, die der Realität nicht gerecht wird.

Wie beurteilen Sie den aktuellen Streit um die Bewertung des Wirkstoffs Glyphosat als „wahrscheinlich nicht krebserregend für Menschen“?

Zunächst einmal unterstütze ich die vom Bundesamt für Risiko (BfR) geäußerte Forderung, wissenschaftliche Kontroversen auf wissenschaftlicher Ebene auszutragen und nicht in der Öffentlichkeit. Vor diesem Hintergrund sehe ich auch den kürzlich verfassten offenen Brief an den zuständigen EU-Kommissar kritisch, lanciert ausgerechnet von einem der führenden Forscher der WHO-Agentur für Krebsforschung (Iarc). Darin wurde die Risikobewertung des Wirkstoffes Glyphosat sowohl durch die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa) als auch des BfR als unwissenschaftlich abgetan und die der Iarc als wesentlich glaubhafter bewertet. Neue Kenntnisse oder Argumente wurden jedoch nicht genannt. Die unterschiedlichen Einschätzungen zwischen der Iarc, dem BfR und anderen europäischen und außereuropäischen Bewertungsbehörden und Gremien lassen sich ganz einfach aufgrund



Glyphosat bleibe ein wichtiges ackerbauliches Betriebsmittel, Kontroversen um den Wirkstoff sollten wissenschaftlich und nicht öffentlich diskutiert werden, meint Stefan Knittel.

Fotos (2): bva

der unterschiedlichen Bewertungsansätze erklären. Der Auftrag der Iarc ist es, Stoffe mit einem krebserzeugenden Gefahrenpotenzial zu identifizieren. Im Unterschied dazu berücksichtigt das BfR neben der Gefährlichkeit eines Stoffes auch die geschätzte Exposition, also die tatsächliche Aufnahmemenge des Stoffes bei bestimmungsgemäßer Anwendung und damit das Risiko, an Krebs zu erkranken. Ein weiterer Grund für die unterschiedlichen Bewertun-

gen von Iarc und BfR besteht darin, dass das Iarc nicht nur den reinen Wirkstoff Glyphosat bewertet hat, sondern auch glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel. Diese enthalten neben dem Wirkstoff auch Beistoffe, die zum Teil toxischer als der Wirkstoff Glyphosat sind. Das jetzt von der Efsa veröffentlichte toxikologische Profil gibt an, dass es unwahrscheinlich ist, dass Glyphosat eine krebserregende Gefahr für den Menschen darstellt. Als Sicherheitsmaßnahme empfiehlt die

Efsa allerdings, einen neuen Grenzwert für die akute Aufnahmemenge von Glyphosat, etwa während einer einzigen Mahlzeit, einzuführen und die Höchstgrenze auf 0,5 mg/kg Körpergewicht zu setzen. Mit dem Ende November veröffentlichten Bewertungsergebnis der Efsa, wonach Glyphosat wahrscheinlich nicht krebserregend ist, sehe ich sowohl die Zuverlässigkeit als auch die Unabhängigkeit des BfR bestätigt.

Welche Rückschlüsse ziehen Sie aufgrund der Diskussionen für die Anwendung von Glyphosat?

Die Landwirtschaft hat sich auf die veränderten gesetzlichen Anwendungsbestimmungen von Glyphosat zur Sikkation, die eine Anwendung nur noch in Ausnahmefällen erlaubt, mit hoher Sensibilität in der Praxis eingestellt. Dies können wir gerade als Handelsunternehmen beobachten. Natürlich sehen zur Stoppel behandelte Flächen über den Winter nicht schön aus und sind Laien nur schwer zu vermitteln. Letztlich ist Glyphosat aber ein wichtiges ackerbauliches Betriebsmittel, welches zum Beispiel gerade für die von der grünen Seite favorisierte konservierende Bodenbearbeitung extrem wichtig ist. bb

Tönnies-Unternehmensgruppe

Fleischkonzern schließt Standort in Bad Bramstedt

Der Standort des Fleischzerlegebetriebs Thomsen in Bad Bramstedt soll zum Ende des Monats geschlossen werden. Nach Angaben von Zeitungsberichten plant die Tönnies-Unternehmensgruppe, zu der Thomsen gehört, die Aktivitäten auf den Betrieb in Kellinghusen zu konzentrieren und den Standort dort weiter auszubauen.

Die Entscheidung dazu sei kurzfristig Ende des vergangenen Jahres gefallen, teilte Tönnies-Presse Sprecher Markus Eicher den Medien mit. Den 31 Bad Bramstedter Mitarbeitern seien Alternativen in Kellinghusen angeboten worden. Doch werde nicht für jeden von ihnen das Passende dabei sein, sodass es aus persönlichen und betrieblichen Gründen nicht gelingen werde, alle betroffenen Mitarbeiter im Unternehmen zu halten, sagte Eicher gegenüber den Zeitungs-

berichterstatlern. Im April 2015 hatte Tönnies die Schlacht- und Zerlegebetriebe Rüdiger Thomsen in Kellinghusen und Bad Bramstedt gekauft. An beiden Standorten sollten Investitionen in Millionenhöhe getätigt werden. Nun wird der Standort Bad Bramstedt aufgegeben. Zu den Gründen für diese Entscheidung wollte sich das Unternehmen nicht weiter äußern. Thomsen schlachtet rund 300.000 Schweine sowie 28.000 Rinder pro Jahr.

Tönnies kauft Tican

Die Tönnies Holding übernimmt rückwirkend zum 1. Oktober 2015 das dänische Schlacht- und Fleisch-



Tönnies schließt beim Tochterunternehmen Thomsen den Standort Bad Bramstedt, gleichzeitig übernimmt der Konzern den dänischen Betrieb Tican.

Foto: tönnies

verarbeitungsunternehmen Tican vorbehaltlich der kartellrechtlichen Prüfung. Nachdem beide Parteien Anfang November 2015 einen Rahmenvertrag über Verhandlungen zur Übernahme durch Tönnies unterzeichnet hatten, wurde man sich jetzt einig. Die Übernahme wird noch kartellrechtlich geprüft. Mit der Übernahme setzt Tönnies

seine Wachstumsstrategie und internationale Ausrichtung konsequent und gezielt fort. Gesellschaftler Clemens Tönnies sagte dazu: „Das ist ein sehr wichtiger Schritt in der weiteren Internationalisierung unseres Unternehmens. Tican ist weltweit etabliert und hat einen hervorragenden Ruf für höchste Qualität. Wir haben dort sicherlich Restrukturierungsbedarf und wollen Tican schnell integrieren. Aber wir haben eine für alle Seiten gute Vereinbarung getroffen.“ Die Aktivitäten von Tican in Dänemark, Großbritannien und Polen passten hervorragend zur weiteren Wachstumsstrategie von Tönnies. Zudem habe sich Tican über viele Jahre hinweg eine herausragende Position in vielen Exportmärkten in Fernost erarbeitet. Besonders in Japan und China stehe der Markenname Tican für höchste Qualitätsstandards und Sicherheit. pm